

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Schüler der Musikschule,

auch von mir ein herzliches Willkommen zu dieser musikalischen Protestveranstaltung. Ich wünschte ich hätte auch ein richtiges Instrument gelernt, aber ich bin stattdessen Schlagzeuger geworden.

Eigentlich wollte ich als Kind unbedingt Klavier spielen, aber damals in der DDR lief das noch etwas anders. Da wurde noch gelernt, was auf den Tisch kommt. Als mich meine Mutter in der lokalen Musikschule für den Instrumentalunterricht vorstellte, gab es Klavier gerade nicht, aber man fand noch ein überzähliges Cello im Keller, das man uns mitgab nebst wöchentlichen Unterrichts. Das war echt frustrierend und nach nicht mal 3 Monaten habe ich das Cello wieder zurückgegeben.

Ganz ähnlich frustriert dürften die Kinder und Jugendlichen sein, die in diesem Jahr versucht haben, an unserer Musikschule einen Neuvertrag zu bekommen. Denn leider funktioniert unsere Musikschule momentan etwas anders als gedacht. Für viele Schüler, die bereits seit längerem unverändert Unterricht bekommen, hat sich dank der Lehrkräfte nicht wirklich etwas verändert.

Aber kommen sie oder ihre Eltern mit der Verwaltung in Kontakt, sieht das schon ganz anders aus. Eigentlich kommen sie ja gerade nicht mit der Verwaltung in Kontakt, weil ja bekanntlich niemand ans Telefon geht oder auf E-Mails antwortet. Aber soll etwas an der Stundenzahl geändert werden oder sollte sogar ein Neuvertrag anstehen, dann merken die Betroffenen recht schnell, dass es im Getriebe mächtig knirscht und sie aberwitzige Wartezeiten in Kauf nehmen sollen und müssen, obwohl sie bereit sind, für die Leistung zu bezahlen. Noch unrühmlicher als das, sind jedoch die Wartezeiten, die manche Lehrer in Kauf nehmen müssen, wenn es um die Auszahlung ihres Verdienstes geht. Einigen warten noch auf Zahlungen aus dem letzten Jahr.

Die Verwaltung verfügt schlicht und einfach über zu wenige Mitarbeiter. Wie ich am Mittwoch in der Bezirksverordnetenversammlung erfragt habe, sind momentan 10 von 10 Verwaltungsmitarbeitern im Einsatz, schaffen es aber dennoch nicht, die anfallenden Aufgaben in der vorgegebenen Zeit zu verrichten. Die IT-Lösung, die der Senat diesen Verwaltungsmitarbeitern zur Seite gestellt hat, hilft ihnen aber leider auch nicht, die Arbeit schneller und effizienter zu erledigen, sondern bremst die Anstrengungen durch Abstürze und umständliches Handling zusätzlich.

Da wir Piraten ja immer als die Internet und IT-Partei wahrgenommen werden, möchte ich mich in meiner kurzen Analyse der Probleme auf die Software und ihre Auswirkungen beschränken.

In den Jahren nach der Finanzkrise entwickelte die Deutsche Rentenversicherung ein neues Honorarmodell für die Mitarbeiter des Landes, die bisher pauschal entlohnt wurden, und verpflichtete im Schulterschluss mit dem Land Berlin diese Honorarkräfte nun, jede Stunde einzeln abzurechnen. Das sollte helfen, Scheinselbständigkeiten zu vermeiden, und nannte sich AV-Honorare. Seit 2013 begeistert diese Ausführungsvorschrift nun Lehrkräfte und Verwaltung gleichermaßen mit einen erheblichen Mehraufwand und das jeden Monat. Eine Änderung innerhalb eines bestehenden Systems, wie dem der Berliner

Musikschulen, einzuführen, bleibt aber nicht ohne Folgen.

So war z.B. die alte Musikschulsoftware nicht mehr in der Lage, die Anforderungen der neuen AV in Bezug auf die Abrechnung abzubilden. Des Weiteren gab es neue internationale Bankkontenstandards, mit welchen die alte Software nicht umgehen konnte. Sie kennen sicher alle IBAN die Schreckliche?

Und auch von uns können einige damit noch nicht so recht umgehen.

Es musste also eine komplett neue Software her.

Ein komplett neues IT-System dieser Größenordnung ist aber keine Kleinigkeit, und trotzdem der Senat sich diese Anschaffung 650.000€ hat kosten lassen und obwohl der Bezirk weiterhin jährlich ca. 51.000€ dafür zahlen muss, funktioniert sie nicht so wie sie soll.

So waren nicht nur einige Features von MS-IT bei Einführung noch nicht geschrieben, sondern es wurde anscheinend auch bei den Testläufen gespart.

Viele Fehler fielen daher erst im Live-Betrieb auf und da unser Bezirk sich als freiwilliger Testkandidat gemeldet hatte, ging ein wohl nicht ganz unerheblicher Teil der Verwaltungsarbeit seit Einführung von MS-IT für die Fehlerberichterstattung drauf. Oder mindestens für lustiges Rätselraten, was denn nun wieder nicht funktioniert.

Wie lange die Mitarbeiter an der Servicehotline des Software-Unternehmens gegangen haben, will ich gar nicht wissen.

Nicht zu vergessen ist auch die Arbeit, die entsteht, wenn man händisch Datensätze von mehr als 8000 Schülern übertragen muss, weil die alte Software keine Exportfunktion und die neue keine Importfunktion für ihre Datenbank besitzt.

Verträge rückwirkend schließen zu können oder die Funktion, ein Event über die kalendarische Jahresgrenze anzulegen, waren schlichtweg nicht programmiert.

So musste der Unterricht an die Software angepasst werden, weil sich die Software nicht an den Unterricht anpassen ließ.

Es sollte aber idealerweise genau anders herum sein!

Aber von Senatsseite wurde schon grünes Licht für andere Bezirke gegeben, sich die Vorzüge von MS-IT zu nutzen zu machen.

Nun, da sich weitere Bezirke im Netz von MS-IT verfangen haben...

also an das Netz von MS-IT angeschlossen wurden, stürzt die Software gerne komplett ab.

Wenn ich die Verwaltung irgendeines verfeindeten Landes in die Knie zwingen wollte, würde ich ihr so eine Software verkaufen.

Wie kann man nun dieses und die weiteren Probleme lösen von denen wir schon gehört haben oder noch hören werden lösen?

Sie alle hier im Saal stellen einen Teil der Lösung dar und ich glaube, dass ihr Protest bereits eine erste Wirkung erzielt hat.

Öffentlichkeit macht Druck auf die Politik und den braucht sie auch.

Wenn wir nicht gemeinsam Druck aufbauen, wird das Land Berlin weiter unnötige U-Bahnen in den märkischen Sand bohren, Milliarden in Flughäfen versenken, Luftschlösser bauen und uns dann erklären, es wäre kein Geld für Musikschulen vorhanden.

Zwei Punkte möchte ich ihnen deshalb als Anregung für Ihre weiteren Forderungen mitgeben, denn dieses Konzert kann nur ein erster Höhepunkt des Protestes sein.

Erstens, lassen sie sich nicht einreden, der Senat sei hier ihr Ansprechpartner.

Der Senatspolitik kann sicherlich eine erhebliche Mitverantwortung an der Misere attestiert werden. Allerdings werden Senatsentscheidungen vom AGH getragen und aus jedem Wahlkreis hier im Bezirk gibt es einen Kandidaten, der im Abgeordnetenhaus sitzt.

Also insgesamt 7 Personen.

Des Weiteren sollten sie sich an das Bezirksamt wenden, denn es ist dessen Aufgabe, dafür zu sorgen, dass öffentliche Einrichtungen hier im Bezirk funktionieren. Es ist also die Aufgabe der Stadträtin Frau Richter-Kotowski dem Senat das Geld aus dem Kreuz zu leiern.

Unter anderem dafür wurde Sie gewählt.

Dass der Senat das Geld noch hat, sieht man an den teuren Bauprojekten.

Jetzt also braucht auch die musikalische Bildung mal wieder einen kräftigen Schluck aus der Pulle. Und sein sie ja nicht bescheiden in ihren Forderungen.

Zweitens geben sie sich nicht mit kurzfristigen Rettungsprogrammen zufrieden.

Es muss eine strukturelle Verbesserung der Situation her.

Alles andere ist nur Kosmetik. Der Senat bewilligt - vornehmlich in den Zeiten vor den Wahlen – schöne Sanierungsprogramme, die dann kurz nach der Wahl wieder auslaufen.

Überprüfen sie also, was man ihnen anbietet und fordern sie mehr, wenn es nicht ausreichen sollte.

Abschließend möchte ich noch Herrn Strakhof und den vielen weiteren Personen danken, die sich in den letzten Monaten und mittlerweile Jahren für die Musikschule stark gemacht haben. Die Piratenfraktion wird auch weiterhin ihren Teil in der BVV dazu beitragen, damit wir – und das hoffentlich bald – wieder eine Musikschule haben, in welcher sich Verwaltung und Lehrkräfte wieder in Ruhe ihren eigentlichen Aufgaben widmen können.

Vielen Dank